dbb europathemen

dbb beamtenbund und tarifunion

7. Jahrgang **aktuell** Mai 2012

Inhalt

Editorial:

Neuausrichtung **1**

Bericht aus den Institutionen:

Europa nach den Wahlen/ Kommission präsentiert Beschäftigungspaket/ „Renten- und Lohnunion“ noch in weiter Ferne/ Streit um EU-Haushalt 2013/ Schengen wieder in Frage gestellt/ Erste EU-Bürgerinitiative/ Neue De-Minimis-Verordnung/ Arbeitszeit und Freiwillige Feuerwehr/ Arbeitskosten in Europa/ Rechte im Strafverfahren/ **2-6**

dbb in Europa:

Offene Fragen in der Urlaubsverordnung/ Mehr Sicherheit dank Europa/ Steuerhinterziehung ist strafbar/EU-Vorschlag gefährdet Bodenverkehrsdienste/ Mehr Anstrengung für Bildungsziele **7-10**

Neues von der CESI:

Keine Generation allein lassen/ Differenzierte Sicht auf Renten/ Freiwillig geht es nicht/ Kritik an Austeritätspolitik/ Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit/ Post und Telekom **10-13**

Bürger und Verbraucher:

All you need is love **14**

Ausblick:

EU-Vergleich der Arbeitsbedingungen

Termine **15-17**

Einblick:

Gespräch mit Michael Link MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Impressum **18-21**

Editorial

Neuausrichtung

So viel ist nach den französischen Präsidentschafts- und griechischen Parlamentswahlen vom 6. Mai gewiss: Die europäische Strategie zur Krisenbekämpfung erfährt eine Neuausrichtung. Es wird nicht mehr allein um die Konsolidierung überschuldeter Staatshaushalte gehen, die in einigen EU-Staaten erst durch die Übernahme privater Risiken in diese schwierige Lage geraten sind. Der neue französische Präsident sieht den Ausgang aus der Krise nicht nur in Einsparungen und Strukturreformen. Es zeichnet sich ab, dass die Europäer sich auf einen den Fiskalvertrag ergänzenden Wachstumspakt verständigen werden. Gerade mit Blick auf Athen besteht Grund zur Eile. Denn der griechische Souverän braucht dringend ein glaubwürdiges Hoffnungszeichen, das die reformwilligen Parteien stärkt und nicht, wie befürchtet wird, die Extremisten.

Schließlich wird im Juni nicht nur die französische Nationalversammlung gewählt, auch Griechenland steht wenige Wochen nach seiner Parlamentswahl vor Neuwahlen. Viele Menschen in Europa haben das Gefühl, dass bisher vor allem die Banken gerettet wurden. Die hohe Liquidität auf dem Geldmarkt, für die die Europäische Zentralbank sorgt, soll eine Kreditklemme verhindern. Tatsächlich befeuert das bei einem Zinssatz von einem Prozent faktisch geschenkte Geld aber auch wieder die Spekulation. Viele Banken verdienen sehr gut in diesen Tagen. Die Bürger haben dabei das Gefühl als Verlierer zurückzubleiben.

Eine Neuausrichtung der Krisenbekämpfungsstrategie ist dringend erforderlich. Neben einer besseren Bankenregulierung muss sie sich vor allem auch mit dem Problem des Schuldenabbaus beschäftigen. Hier werden nachhaltige Lösungen gebraucht, die sozial ausgewogen sind und das Verursacherprinzip berücksichtigen. Der Schuldenabbau darf nicht zur Zerstörung öffentlicher Infrastrukturen führen. Selbst in Griechenland, wo die öffentliche Verwaltung aufgebläht und ineffizient war, kann es nicht nur um Rückbau gehen. Gerade dort müssen Strukturen aufgebaut werden, die für ein ordentliches Funktionieren staatlicher Einrichtungen sorgen. Das Fehlen einer guten Finanzverwaltung war eine der spezifischen Ursachen der griechischen Krise. Auch hier kann eine Neuausrichtung zu neuem Vertrauen in die Politik, den Staat und Europa beitragen.

Die Redaktion wünscht viel Freude beim Lesen

Bericht aus den Institutionen

Europa nach den Wahlen

Die französischen Präsidentschaftswahlen und die griechischen Parlamentswahlen vom 6. Mai sind folgenreich für die europäische Politik. Der neue französische Präsident François Hollande will, dass die Haushaltskonsolidierung von einer Wachstumsstrategie begleitet wird. Die Griechen haben mit ihrem Chaos-Votum und den nun anstehenden Neuwahlen deutlich gemacht, dass sie den harten Sparkurs nicht mehr ohne Aussicht auf Besserung ihrer Lage ertragen wollen. Der Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl stärkt die Opposition im Bundestag, die wie Hollande auf einen Wachstumspakt drängt und ihre erforderliche Zustimmung zum Fiskalpakt davon abhängig macht. Während über den Verbleib Griechenlands in der Eurozone spekuliert wird, spitzt sich die Lage in Spanien weiter zu.

Am 15. Mai, dem Tag seiner Amtsübernahme, empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel den neuen französischen Staatspräsidenten François Hollande in Berlin. Dabei handelte es sich nicht nur um einen Antrittsbesuch. Der Präsident steht unter enormem Druck. Denn Hollande hat seinen Wählern große Versprechungen gemacht, und im Juni folgen noch die Wahlen zur Nationalversammlung, die seine Partei, der Parti Socialiste, auch gewinnen soll. Hollande braucht eine linke Mehrheit auch im Parlament. Frankreich gilt längst als in der Krise gefährdetes Land. Allzu deutlich verfehlt es das Ziel, seine Neuverschuldung in 2012 und 2013 unter den Referenzwert von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Die Franzosen wehren sich gegen allzu einschneidende Reformen, erwarten gleichzeitig von ihrem neuen Präsidenten und der Europäischen Union eine beschäftigungswirksame, wachstumsorientierte Politik.

Für die deutsche Bundesregierung ist die Ausgangslage eine andere. Deutschland hat, anders als Frankreich, zumindest in Bezug auf den Arbeitsmarkt und die Alterssicherung wesentliche Strukturreformen längst hinter sich. Die deutsche Wirtschaft wächst auch in 2012 weiter, zeigt sich erstaunlich robust. Die offizielle Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordtief gesunken. Zugleich sorgen die Deutschen sich jedoch immer mehr um die Preisteuerung. Tatsächlich liegt die Inflationsrate inzwischen beharrlich oberhalb der Zielgröße von maximal zwei Prozent. Trotz der beschleunigten Teuerungsrate ist die Stimmung in der Wirtschaft so gut, dass die Löhne in vielen Branchen steigen, was die Inflation weiter anheizen dürfte. Die EU-Kommission begrüßt diese Entwicklung in Deutschland, da die deutschen Produkte sich so verteuern und damit Ungleichgewichte in der Eurozone reduziert werden.

Der Krisenschub in Athen verkompliziert die Situation, dürfte die europäische Politik bald zu wegweisenden Entscheidungen zwingen. Denn die Parlamentswahlen dort haben den Gegnern des Sparkurses eine satte Mehrheit beschert. Und diese hat dazu geführt, dass keine Regierungsbildung möglich wurde. Am 15. Mai scheiterte der letzte Versuch. Griechenland steht also vor Neuwahlen. Ob diese eine, die Auflagen von EU-Kommission, EZB und IWF erfüllende Regierung ermöglichen werden, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Momentan sieht es eher nach einem noch stärkeren Abschneiden der Extreme, insbesondere der linksradikalen Syriza-Partei aus.



Frankreichs Staatspräsident François Hollande will eine Neuausrichtung der europäischen Krisenpolitik durchsetzen
© European Commission, 2012

Ob unter diesen Voraussetzungen weitere Hilfszahlungen an Griechenland fließen werden, das seine Sparauflagen also zumindest vorerst nicht mehr erfüllen kann, gilt als fraglich. Griechenland könnte im Juni vor dem Staatsbankrott stehen. Allerdings gibt eine Mehrheit der Griechen in Umfragen nach wie vor zu erkennen, am Euro festhalten und nicht zur Drachme zurückkehren zu wollen. In Brüssel besteht nach wie vor ein Funke Hoffnung, dass die Neuwahlen nicht die Extremisten sondern die Kräfte stärken, die Griechenland gemeinsam mit der Troika aus Kommis-

sion, EZB und IWF konsolidieren wollen. In Brüssel und Straßburg ist immer häufiger zu hören, eine Art „Marshallplan“ sei erforderlich, der den Menschen in Griechenland wieder Hoffnung gebe und die politische Lage stabilisiere. Es reiche nicht, die Gläubiger der Griechen fristgerecht zu bedienen. Das helfe nur den Banken. Es müssten jetzt auch Mittel eingesetzt werden, um Griechenland aus eigener Kraft wirtschaftlich überlebensfähig zu machen.

„Ansteckungsgefahren“ durch den drohenden griechischen Kollaps sind nach wie vor nicht auszuschließen, auch wenn das europäische Bankensystem nicht mehr mit Griechenland zusammenbrechen würde. Die Krise schwelt derweil besonders in Spanien weiter. Spanien gelingt es trotz einer harten Austeritätspolitik der Regierung Rajoy nicht, seine Neuverschuldung zu senken. Die Massenarbeitslosigkeit auf der iberischen Halbinsel erreicht Rekordstände. Mehr als jeder zweite unter 24Jährige ist ohne Arbeit. Spanien steckt tief in der Rezession. Gleichzeitig gelten besonders die spanischen Banken als unterfinanziert und damit als besonders krisenanfällig. Auch in Italien, dessen Regierung für ihre Sparmaßnahmen gelobt wird, ist die Arbeitslosigkeit binnen Jahresfrist um fast 24 Prozent angestiegen. Besonders hoch ist mit 36 Prozent auch hier die Arbeitslosenrate junger Menschen.



Ein deutscher EU-Spitzenbeamter in schwierigster Mission: Griechenland-Troika-Chef Horst Reichenbach
© European Commission, 2012

Die Staats- und Regierungschefs werden am 23. Mai zu einem Sondergipfel zusammentreffen. Allgemein wird erwartet, dass spätestens dort der bisherige Kurs, die Krise ausschließlich mit Sparprogrammen lösen zu wollen, korrigiert wird. Sogar der EZB-Präsident Mario Draghi hatte bereits am 25. April vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments erklärt, die EU brauche einen Wachstumspakt. Die Bundesregierung wird ohnedies auf SPD und Grüne zugehen müssen, weil der Fiskalpakt nur mit Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden kann. Wie ein Wachstumspakt aussehen wird, der mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, mit dem Fiskalpakt vereinbar bleibt und dennoch wirksame Beschäftigungsimpulse setzt, ist weiterhin umstritten.

Kommission präsentiert Beschäftigungspaket

Die in vielen EU-Staaten stark steigende Arbeitslosigkeit hat die Europäische Kommission motiviert, konkrete Empfehlungen für eine beschäftigungsintensive Wirtschaftspolitik auszusprechen. Am 18. April präsentierte der für Beschäftigung, Soziales und Integration zuständige Kommissar László Andor das so genannte Beschäftigungspaket. Laut Kommission konzentrieren sich die vorgeschlagenen Maßnahmen „auf die Nachfrageseite“. Die Kommission betont zudem, „dass die EU-Politik eine ausgeprägte beschäftigungs- und sozialpolitische Dimension braucht“.

Die Kommission regt unter anderem an, den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten. Dies soll aber in Anbetracht der allgemeinen Haushaltskonsolidierung „budgetneutral“ geschehen, muss also durch anderweitige Steuererhöhungen oder Ausgabensenkungen ausgeglichen werden. Konkret schlägt Brüssel vor, Einstellungszuschüsse für neu geschaffene Arbeitsplätze vorzusehen. Trotz der aktuell in Deutschland zu beobachtenden Krise der Solarzellenhersteller setzt die Kommission weiter auf eine „grüne Wirtschaft“. Sie sieht hier bis 2020 das Potenzial für 20 Millionen neue Arbeitsplätze. Passend zur in Deutschland noch zu führenden Debatte um eine demographiefeste Reform der Pflegeversicherung macht die Kommission erheblichen Verbesserungsbedarf im Gesundheitswesen aus. In diesem Bereich des Arbeitsmarkts sieht Brüssel klare Wachstumschancen.

Der dbb wird zum Beschäftigungspaket und den darin vorgesehen Maßnahmen, die vor allem auch Arbeitsmarktreformen betreffen, ausführlich Stellung nehmen.

„Renten- und Lohnunion“ noch in weiter Ferne

Berliner Regierungsstellen denken offenbar verstärkt darüber nach, wie die Europäische Union weiterentwickelt werden kann. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven ist Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt. Als Beauftragter für Grundsatzfragen der EU befasst er sich intensiv mit europäischen Zukunftsfragen. Der Topdiplomat stellte dem europäischen Nachrichtenportal EurActiv.de am 30. April einen an der Evangelischen Akademie Loccum gehaltenen Vortrag zur Verfügung. Darin fordert er mehr wirtschaftspolitische Koordinierung auf europäischer Ebene. Diese soll auch sozialpolitische Fragen einbeziehen.

„Eine zentrale Lehre der Krise, in der Europa sich befindet, ist: Wir brauchen mehr wirtschaftspolitische Koordinierung“, so Freytag von Loringhoven. Um den Euro dauerhaft zu stabilisieren und das europäische Modell zu erhalten, müssten die Fundamente der Wirtschafts- und Währungsunion substantiell verstärkt werden. Freytag von Loringhoven sieht dabei durchaus die Souveränität der Eurostaaten berührt: „Ein starker wirtschaftspolitischer Pfeiler bedeutet aber, dass niemand etwas tun kann, ohne erstens mit den Partnern darüber geredet zu haben und ohne zweitens bewiesen zu haben, dass es der gesamten Eurozone zuträglich ist. Eine bessere Zusammenarbeit bei Renten, Steuern und Löhnen ist dafür eine entscheidende Stellgröße.“

Freytag zu Loringhoven betont die hohe Sensibilität dieses Politikfeldes: „Bei Renten, Steuern und Löhnen bewegen wir uns an der Schnittstelle zwischen nationalstaatlicher Kompetenz und gesamteuropäischen Auswirkungen.“ Das bisherige Fehlen einer funktionierenden Wirtschaftsunion bezeichnet er als „Webfehler“ der Währungsunion. Eine Wirtschaftsunion sei nun schrittweise zu verwirklichen. Allerdings liege, das räumt Freytag zu Loringhoven ein, eine Renten- und Lohnunion noch in weiter Ferne. „Hier geht es zusätzlich auch um die Kompetenzen der Sozialpartner, so der Regierungsbeamte. Eine Renten- und Lohnunion sei eine noch ehrgeizigere Vision als ein europäischer Finanzminister. Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet hatte sich unmittelbar vor seinem turnusmäßigen Ausscheiden für einen solchen Schritt zu einer europäischen Fiskalunion ausgesprochen.

Streit um EU-Haushalt 2013

Die Europäische Kommission stellt den Entwurf des EU-Haushalts für 2013 unter die Überschrift „Investition in Wachstum und Arbeitsplätze“. Sie greift damit die politische Neuorientierung auf, die der Europäische Rat am 23. Mai aller Voraussicht nach vornehmen wird. Haushaltskonsolidierung und gezielte Investitionen sollen gleichzeitig möglich sein, um Europa aus der Krise zu führen.

„Wir pflichten der in früheren Schlussfolgerungen des Europäischen Rates enthaltenen Forderung, die EU-Mittel besser zu verwenden, damit Europa aus der Krise herauskommt, in vollem Umfang bei“, erklärte Janusz Lewandowski, das für Haushalt und Finanzplanung zuständige Mitglied der Kommission. Der EU-Haushalt fokussiere auf Investitionen und sei damit ein Anti-Krisen-Paket. Lewandowski sagte auch: „Kürzungen allein werden uns nicht wieder auf Wachstumskurs bringen – Europa tut gut daran, heute in seine Zukunft zu investieren.“

Der Entwurf des Haushalts 2013 sieht vor, den Mittelzuwachs auf die Inflationsrate zu beschränken. Die Kommission legt dabei eine Preisteuerung von zwei Prozent zugrunde. Gleichzeitig soll der Personalbestand der Kommission innerhalb von fünf Jahren um fünf Prozent verringert werden, im Haushaltsjahr 2013 um ein Prozent. Der so gewonnene haushalterische Spielraum soll für investive Zahlungen genutzt werden. EU-Mittel, die für Wachstum und Arbeitsplätze eingesetzt werden können, sollen um 6,8 Prozent angehoben werden. Eine Anhebung ist laut Kommission auch aus rechtlichen Gründen unabdingbar, weil bereits vertragliche Verpflichtungen für Zahlungen bestehen, die auch von den Mitgliedstaaten beschlossen – und meist auch gewünscht - wurden.

Die ersten Reaktionen aus den Mitgliedstaaten waren überwiegend ablehnend. Fest an der Seite der Kommission steht allerdings das Europäische Parlament. Die stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses Jutta Haug kritisierte die Regierungen in deutlichen Worten: „Wenn uns die EU-Finanzminister einen Vorschlag unterbreiten, welche Aufgaben nächstes Jahr nicht mehr durch den EU-Haushalt unterstützt werden sollen, dann sind wir zu jeder inhaltlichen und ehrlichen Diskussion bereit.“

Bericht aus den Institutionen

Schengen wieder in Frage gestellt

Ende April stellte erstmals auch Deutschland den freien Personenverkehr im Schengen-Raum in Frage. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hatte gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Claude Guéant die Forderung nach einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen erhoben, sollte es Probleme bei der Kontrolle der Außengrenzen des Schengen-Raums geben. Bundeskanzlerin Angela Merkel wies dies am 25. April mit einer klaren Aussage zurück: „Am Grundsatz der Freizügigkeit wird auf keinen Fall gerüttelt." Während der Tagung des Rats für Justiz und Inneres am 27. und 28. April soll es allerdings weitgehende Übereinstimmung unter den Innenministern gegeben haben. Abgeordnete des Europäischen Parlaments kommentierten, Probleme an den Außengrenzen ließen sich nur durch Lösungen wie bessere Kontrollen dort lösen und nicht durch die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen.



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich im Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen Claude Guéant
© Consilium, 2012

Erstes europäisches Volksbegehren

Pünktlich zum 9. Mai, dem Europa-Feiertag, konnte die Europäische Kommission eine erste Bürgerinitiative registrieren. Weitere europäische Volksbegehren seien auf den Weg gebracht, heißt es in Brüssel. Die europäische Bürgerinitiative ist aufgrund einer entsprechenden Bestimmung des Lissabon-Vertrags seit dem 1. April 2012 möglich. Die erste zugelassene Initiative stammt von einem Bürgerausschuss aus Österreich, Belgien, Italien, Luxemburg, Rumänien, Spanien und Ungarn. Die Initiatoren dieser europäischen Bürgerinitiative wollen erreichen, dass Austauschprogramme der EU wie Erasmus oder der Europäische Freiwilligendienst stärker als bisher gefördert werden. Nun muss der für die Bürgerinitiative gegründete grenzübergreifende Bürgerausschuss eine Million Stimmen für sein Begehren sammeln. Weitergehende Informationen finden sich auf den Internetseiten der Europa-Union Deutschland.

Kommission verabschiedet neue De-minimis-Verordnung

Die Europäische Kommission hat am 25. April eine Verordnung angenommen, nach der Unternehmensbeihilfen für Leistungen der Daseinsvorsorge von bis zu 500.000 Euro unter bestimmten Voraussetzungen von den EU - Vorschriften ausgenommen sind. Die halbe Million Euro darf innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren nicht überschritten werden. Die Verordnung ist die letzte Komponente des neuen Beihilfenpakets, das die Kommission im Dezember 2011 für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) verabschiedet hatte.

Die Kommission stellte die Verordnung als einen tragfähigen Ausgleich von unterschiedlichen Interessen dar. Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia erklärte dazu, die Bürger bräuchten beides, gute öffentliche Dienstleistungen und wirksame Wettbewerbsregeln im EU - Binnenmarkt. „Die neue Freistellungsregelung ist eine Erleichterung für kleinere, lokale öffentliche Dienstleistungen und gibt der Kommission außerdem die Möglichkeit, sich auf Fälle zu konzentrieren, in denen sich staatliche Beihilfen spürbar auf den Wettbewerb und den Handel zwischen den Mitgliedstaaten auswirken", so Almunia. Die Verordnung senke den Verwaltungsaufwand für geringfügige DAWI und sorge für mehr Rechtssicherheit.

Die deutschen Kommunen begrüßten die neue De-Minimis-Verordnung. Schließlich hatte es in einem früheren Entwurf geheißen, die Schwelle für meldepflichtige Beihilfen solle bereits bei 150.000 Euro liegen. Zudem ist ihre Anwendung nicht mehr auf Unternehmen mit weniger als fünf Millionen Euro Jahresumsatz begrenzt.

Kommission: Keine Arbeitszeitgrenze für Freiwillige Feuerwehren

Medienberichte sorgten im April für Unruhe unter Ehrenamtlern, besonders Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren. Demnach plane die Europäische Kommission, auch für ehrenamtliche Tätigkeiten eine wöchentliche Höchstarbeitszeitgrenze. Diese liege wie in der europäischen Arbeitszeitrichtlinie vorgesehen bei 48 Wochenstunden und müsse zudem mit dem erwerbsmäßig ausgeübten Beruf zusammengerechnet werden. Die Kommission hat diese Meldungen am 23. April als falsch zurückgewiesen.

Die Kommission weist in ihrer Mitteilung darauf hin, dass es derzeit keinen Vorschlag der Kommission gebe, die bestehenden Regeln zu ändern. Die Frage einer Änderung der Richtlinie in Bezug auf die Freiwillige Feuerwehr, die bisher nicht erfasst ist, sei nicht von der Kommission sondern vielmehr von der Freiwilligen Feuerwehr während einer Konsultation aufgeworfen worden. Zudem verhandeln nach wie vor die europäischen Sozialarbeiter über künftige Arbeitszeitregeln. Die Verhandlungen sollen bis voraussichtlich September 2012 dauern. Solange die Sozialpartner verhandeln, wird die Kommission keinen Vorschlag vorlegen.



© yvart - Fotolia.com

Allerdings hatte der zuständige Kommissar László Andor in einem englischsprachigen Schreiben vom 16. Dezember durchaus zu erkennen gegeben, auch die Freiwillige Feuerwehr in einer Neufassung der Richtlinie zu berücksichtigen. Arbeitsschutz sei hier vorrangig, so der Kommissar. Jedoch schreibt Andor auch, eine solche Regelung müsse wirksamen Arbeitsschutz auch für die Freiwillige Feuerwehr mit der zur Ausübung dieser Aufgabe gebotenen Flexibilität verbinden. Das Dementi ist also nur ein halbes. Denn es bedeutet nicht, dass es keine europäische Arbeitszeitregelung auch für die Freiwillige Feuerwehr geben wird, wohl aber dass deren Belangen Rechnung getragen werden soll.

Deutschland bei Arbeitskosten im Mittelfeld

Das europäische Statistikamt Eurostat hat eine aktuelle Aufstellung über die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der gewerblichen Wirtschaft für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union veröffentlicht. Demnach hatten 2011 nur sechs Länder höhere Arbeitskosten pro Stunde als Deutschland. Allerdings liegen die deutschen Kosten mit einem durchschnittlichen Wert von 30,10 Euro nur unwesentlich über dem Durchschnitt der Euro-Länder mit 27,60 Euro. Europaweit die niedrigsten Kosten gibt es in Bulgarien mit 3,50 Euro, die höchsten in Belgien mit 39,30 Euro.

EU-Kommission stärkt Rechte in Strafverfahren

Sobald jemand innerhalb der Europäischen Union festgenommen wird, steht ihm künftig zu, über seine Rechte belehrt zu werden. Bislang haben nur etwa ein Drittel der EU-Mitgliedsländer entsprechende Regelungen. In einer neuen Richtlinie, die spätestens in zwei Jahren in die nationalen Rechtsordnungen umgesetzt worden sein muss, ist nun der Anspruch auf eine Rechtsbelehrung in einer dem Betreffenden verständlichen Sprache verankert. Justizkommissarin Viviane Reding erklärte dazu: „Das Recht auf ein faires Verfahren ist einer der Eckpfeiler unseres Justizsysteme in Europa. Die neue EU-Richtlinie soll dazu beitragen, dass dieses Recht gewahrt wird und dass alle Betroffenen unmissverständlich und unmittelbar über ihre Rechte aufgeklärt werden."



Habeas Corpus
© Aamon - Fotolia.com

Heesen: Bund muss offene Fragen in der Erholungsurlaubsverordnung klären

„Es ist gut, dass der Europäische Gerichtshof eine Entscheidung herbeigeführt hat. Der deutsche Gesetzgeber muss nun schnell entsprechende Konsequenzen ziehen“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen eine Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 3. Mai 2012 (C-337/10). Nach Anrufung durch das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main hatten die Richter am EuGH geurteilt, dass ein Beamter dann Anspruch auf eine Vergütung seines Urlaubsanspruchs habe, wenn direkt auf eine längerfristige Erkrankung der Ruhestand folgt und somit der Erholungsurlaub nicht mehr angetreten werden kann. Allerdings bezieht sich der Anspruch nur auf den europäischen Mindesturlaubsanspruch von vier Wochen. „Die Bundesregierung muss nun eine Regelung schaffen, die europarechtskonform ist“, so Heesen.

„Urlaubsansprüche können nicht einfach fallengelassen werden. Der Bund hat 2009 die Möglichkeit verstreichen lassen, diese Rechtsfrage in der Erholungsurlaubsverordnung zu klären, das muss nun möglichst schnell nachgeholt werden“, fordert Heesen. Geklagt hatte ein Feuerwehrbeamter, der von 1970 bis 2007 im Dienst der Stadt Frankfurt am Main tätig war. Ab 2007 war er für zwei Jahre krankgeschrieben und wechselte 2009 in den Ruhestand. Für den Urlaubsanspruch, der während der Zeit der Erkrankung angefallen war, machte er eine Vergütung geltend. Grundsätzlich müsse ihm diese gewährt werden, so der EuGH, allerdings nur für vier Wochen pro Jahr. Darüber hinausgehende Urlaubsansprüche seien nicht von der europäischen Arbeitszeitrichtlinie gedeckt.

„Erholungsurlaub für Beamte ist grundsätzlich mit anderen Rechten und Pflichten verbunden als bei Angestellten. Dies ergibt sich aus dem besonderen Treueverhältnis der Beamten dem Staat gegenüber“, erläuterte der Bundesvorsitzende. Anders als bei Angestellten wird das Beamtenverhältnis durch den Ruhestand nicht beendet, sondern lediglich umgewandelt. Der Dienstherr bleibt bestehen. Das Urteil schaffe nun aber europarechtliche Fakten, die umzusetzen seien. Zudem gibt der EuGH den Mitgliedstaaten in seiner Vorabentscheidung die Möglichkeit, gesonderte Regelungen für den zusätzlichen Urlaubsanspruch zu finden, der über den Mindesturlaub hinausgeht. Dies müsse möglichst schnell geschehen, so der Bundesvorsitzende. „Es muss nun rasch Rechtssicherheit hergestellt werden, die Fragestellung ist nicht neu. Der EuGH hat klare Vorgaben gemacht, an denen der Gesetzgeber sich orientieren muss.“



Nach dem Richterspruch: Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen fordert baldige Rechtssicherheit
© dbb, 2012

Mehr Sicherheit dank Europa

„Es wird ja zuweilen viel Kritik an Europa geübt. Heute können wir uns aber über ein Mehr an Sicherheit in Deutschland freuen, das wir ganz klar der Europäischen Union zu verdanken haben.“ Mit diesen Worten begrüßte der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt den Beschluss des Deutschen Bundestages, ein zentrales Waffenregister einzurichten. Der Beschluss gründet auf einer EU-Richtlinie, die in deutsches Recht umzusetzen war. „Besonders freut mich, dass wir in Deutschland nicht bis 2014 mit der Umsetzung warten“, so Wendt. Die Richtlinie sah diesen Termin als spätestmögliche Umsetzungsfrist vor.

„Wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder für ein solches deutschlandweites Waffenregister stark gemacht. Weil das auf Länderebene in Deutschland schwer umzusetzen war, sind wir den Weg über Europa gegangen“, erklärte Wendt. Der Polizeigewerkschafter lobt ausdrücklich das Europäische Parlament. „Im Europäischen Parlament hatte ich eine hochkompetente Ansprechpartnerin“, so der Christdemokrat Wendt über die grüne Europaabgeordnete Gisela Kallenbach. Kallenbach war Berichterstatterin für die Revision der Waffenrechtsrichtlinie. Die DPolG und besonders ihr Vorsitzender Rainer Wendt hatten im Vorfeld wie auch während des Gesetzgebungsverfahrens eng mit der Abgeordneten zusammengearbeitet.

Wendt beschreibt die bisherige Rechtslage als defizitär. „Ermittlungstechnisch ist es bis dato sehr aufwendig, zu prüfen, ob eine an einem Tatort oder irgendwo sonst gefundene Waffe registriert ist." Bisher waren die registrierten deutschen Schusswaffen auf rund 600 Einzelbehörden aufgeteilt. Das deutschlandweite Register soll diesen unübersichtlichen Zustand beenden und zügigere polizeiliche Ermittlungen ermöglichen. Darüber hinaus schreiben die Richtlinie und das auf sie gründende deutsche Gesetz auch die Erfassung von Vorbesitzern, Herstellern und gegebenenfalls Importeuren vor. „Mit dieser neuen Rechtslage gewinnen wir in Deutschland ein Stück mehr Sicherheit", zeigt sich Wendt überzeugt. „Man sieht an diesem Beispiel, das die Zusammenarbeit in Europa einen echten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet."



Erfolgreich über die europäische Bande gespielt: der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt
© DPolG, 2012

Eigenthaler: Steuerhinterziehung ist strafbar

„Folgt man der Schweizer Logik, müssten der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble angeklagt werden, da die Fahnder im staatlichen Auftrag gehandelten und die Finanzminister den Kauf abgesegnet haben." So äußerte sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer Gewerkschaft (DSTG) Thomas Eigenthaler am 3. April gegenüber der Passauer Neuen Presse. Er reagierte damit auf einen Haftbefehl der Schweiz gegen drei deutsche Steuerfahnder, die 2010 am Erwerb einer CD mit Daten über deutsche Steuersünder beteiligt waren. Die Schweiz stuft dies als Wirtschaftsspionage ein. Anfänglich hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Verständnis für das schweizerische Vorgehen gezeigt, stellte sich aber nach großer öffentlicher Kritik nicht zuletzt durch die DSTG hinter die Beamten. „Die haben ihre Arbeit sehr, sehr gut gemacht" so der Minister am 3. April gegenüber dem Südwestrundfunk. Kurz darauf wurden auch Änderungen am Steuerabkommen mit der Schweiz verkündet.

Vehement verteidigte der DSTG-Chef seine Kollegen und stellte der schweizerischen die deutsche Rechtsauffassung gegenüber. „Deutschland sollte die Vorstände der Schweizer Banken anklagen und Haftbefehle beantragen. Sie leisten Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Das wäre die angemessene Reaktion. Deutschland darf nicht kuschen." Die Steuerfahnder hätten lediglich ihre Arbeit geleistet. „Auch wenn es der Schweiz nicht gefällt – bei uns ist nun einmal Steuerhinterziehung strafbar. Und da lassen wir uns nicht einschüchtern", so Eigenthaler in einer Stellungnahme zu den Vorfällen.



„Die Steuerfahnder haben lediglich ihre Arbeit getan." DSTG-Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler
© DSTG, 2012

Die kurze Zeit später verkündeten Änderungen am Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz sieht Eigenthaler sehr kritisch. Eine Verbesserung habe es nicht gegeben. „Inzwischen geben uns renommierte Juristen Recht, dass den Höchststeuersatz von 41 Prozent so gut wie niemand bezahlen würde. Viele müssten nur den Mindeststeuersatz von 21 Prozent zahlen." Das vorliegende Abkommen habe noch immer nichts mit Steuergerechtigkeit zu tun, wiederholte der DSTG-Vorsitzende seine Einschätzung des Vertrags. „Lieber kein Abkommen als dieses. Wir kriegen mit unseren bisherigen Fahndungsmethoden und Selbstanzeigen mehr in die Kassen." Der von der DSTG vorgeschlagene Weg – die Fahndung stärker und wirkungsvoller zu gestalten – sei richtig. Dies sei eine Frage der Verfassungstreue.

Silberbach: EU-Vorschlag gefährdet Professionalität der Bodenverkehrsdienste

Der von der EU-Kommission geplante zusätzliche Wettbewerb unter den Bodenverkehrsdiensten an europäischen Flughäfen gefährdet nach Auffassung der komba gewerkschaft deren Professionalität. Ihre Ablehnung machte die komba gewerkschaft am 4. Mai 2012 in Brüssel deutlich. Die vom Brüsseler Verkehrskommissar Siim Kallas angestrebte weitere Marktöffnung lehnen die komba gewerkschaft und ihr Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach strikt ab. dbb und komba gewerkschaft nahmen zudem am 8. Mai an einer Anhörung des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments teil, wo sie unter den Abgeordneten zahlreiche Verbündete fanden.

„Die Folge der Brüsseler Pläne sind Lohndumping und der Verlust vieler Arbeitsplätze", erklärte der komba-Chef Ulrich Silberbach. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende kämpft seit vielen Monaten gegen die drohende EU-Verordnung. Denn diese führe dazu, dass neue Bodenabfertiger zwangsweise zugelassen werden. Eigene, etablierte Anbieter der Flughafengesellschaften würden so vom Markt gedrängt. Damit gehe nicht nur eine Gefährdung der Qualität und Sicherheit des Luftverkehrs einher.



Kämpft für den Erhalt guter Arbeitsplätze: dbb Vize Ulrich Silberbach
© dbb, 2012

Silberbach sieht das Brüsseler Vorhaben in einer Reihe mit anderen gescheiterten Liberalisierungen: „Die Erfahrung von Marktöffnung und Privatisierung kommunaler Dienstleistungen zeigt, dass in der Regel weder die Bürgerinnen und Bürger Vorteile hatten noch die – dann in der Regel schlechter bezahlten – Beschäftigten." Einzig die Unternehmen, die ihre Gewinnerwartungen auf Kosten von Qualität und Bezahlung steigerten, profitierten davon. Es käme nicht von ungefähr, dass in deutschen Städten die Privatisierungseuphorie deutlich abgekühlt sei. Die Ergebnisse der Marktöffnungen hätten wenigen genutzt und vielen geschadet.

In den vergangenen Wochen haben dbb und CESI sowie die komba gewerkschaft eine Vielzahl von Gesprächen auf europäischer Ebene geführt, um die Verordnung noch zu stoppen. Auch die Anhörung des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament vom 8. Mai, an der dbb, CESI und komba teilnahmen, zeigte, dass die deutschen Parlamentarier parteiübergreifend auf Seiten der Beschäftigten stehen.

Bologna-Fortschrittsbericht: Hennig fordert weitere Anstrengungen

„Die Bologna-Reformen haben für viel Unruhe in der Hochschulbildung in Europa gesorgt. Eine Beruhigung der Situation ist dringend notwendig", kommentierte die Bundesvorsitzende der dbb jugend Sandra Hennig einen aktuellen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der europäischen Hochschulreformen. Das europäische Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa Eurydice hat Ende April einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Bologna-Reformen in insgesamt 47 europäischen Ländern vorgelegt. Eurydice ist Teil des Sokrates-Programms der Europäischen Union. „Die bestehenden Bildungsstrukturen müssen zu Gunsten der Qualität der Bildung weiter gefestigt werden", so Hennig.

Aus deutscher Sicht sei besonders bedauerlich, dass offensichtlich immer noch der Bildungsgrad des Elternhauses ein wichtiger Faktor sei, ob eine höhere Bildung erreicht werde oder nicht. „Deutschland liegt hier auf einem Mittelplatz. Beim Thema Chancengleichheit dürfen wir aber keine Abstriche machen, hier muss noch mehr passieren." Deshalb sei es wichtig, nicht an der Bildung zu sparen, vor allem Studenten und Auszubildende müssten besser unterstützt werden. „Nur gut ausgebildete junge Menschen können später qualitativ hochwertige Arbeit leisten, und das ist ohne Zweifel im Interesse aller", so die Bundesjugendvorsitzende. Hennig sieht sich durch den Bericht auch in ihrer Forderung gestärkt, Lehrpläne weiter zu entzerren. „Das Studienprogramm lässt häufig kaum Raum für ein Semester im Ausland. Wer Mobilität fordert, muss diese auch ermöglichen." Das Ziel, bis 2020

mindestens 20 Prozent der Studentinnen und Studenten ein oder mehrere Semester im Ausland verbringen zu lassen sei deshalb sehr ambitioniert.



Für mehr Chancengleichheit in der Bildung: die Bundesvorsitzende der dbb jugend Sandra Hennig
© dbb, 2012

Ein gutes Zeichen sieht Hennig darin, dass laut dem Bericht die Mittel in Deutschland zwischen 2006 und 2010 im Hochschulbildungsbereich gestiegen seien. „Offensichtlich kommen die Gelder aber noch nicht immer da an, wo sie hin sollen. Neben guten Hochschulen müssen wir auch optimale Bedingungen für die Ausbildung schaffen." Deshalb fordert sie die Europäische Kommission auf, auch weiter alle Formen der Bildung zu unterstützen. „In Deutschland gibt es mit der dualen Ausbildung ein gutes Modell, das ebenfalls gefördert werden muss." Nur über gute Bildung könne es in Europa einen dauerhaften Ausweg aus der Krise geben.

Dauderstädt: Keine Generation allein lassen

„Das Gleichgewicht zwischen den Generationen gerät ins Wanken", warnt Klaus Dauderstädt. „Einerseits gibt es eine in vielen Ländern Europas erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit, andererseits sorgt die Diskussion über ein automatisch steigendes Renteneintrittsalter für Verunsicherung", kritisierte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der CESI - Sozialkommission SOC am 4. April in Brüssel. Die Europäische Kommission hatte sich der demographischen Probleme hohe Jugendarbeitslosigkeit und Zukunft der Rentensysteme in einer Mitteilung und in einem Weißbuch angenommen.

„Wir dürfen keine Generation mit ihren spezifischen Problemen alleine lassen, weder die Jungen noch die Älteren", fordert Dauderstädt. Die Jugendarbeitslosigkeit entwickle sich zu einem immer größeren Problem. „Wir müssen eine ‚verlorene Generation' auf jeden Fall vermeiden. Wenn junge Menschen nicht zum Beginn ihrer Berufskarriere den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt finden, werden sie es später besonders schwer haben." Wenn von diesem Problem fast 50 Prozent der jungen Menschen betroffen seien, so wie etwa in Spanien, gleiche dies einer Katastrophe. Es sei dringend notwendig, auch für diese Menschen eine Perspektive zu schaffen.



„Wir müssen eine verlorene Generation vermeiden" Klaus Dauderstädt, SOC Präsident und dbb Vize
© dbb, 2012

Dauderstädt lobte ausdrücklich den Vorschlag der Kommission, verstärkt ESF-Mittel in den Mitgliedsländern für Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen. Gleichzeitig forderte er aber auch eine deutliche Erhöhung der zur Verfügung gestellten Fonds. „Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit muss höchste Priorität in Europa haben. Dazu reichen die bisherigen Mittel nicht aus, es muss auch europäisch mehr getan werden", so Dauderstädt. Dennoch sieht er die Hauptverantwortung weiter bei den Mitgliedstaaten. Diese dürften nun nicht ausschließlich auf die Ausgabenseite schauen. Gezielte Investitionen seien nach wie vor wichtig, eine konstant hohe Jugendarbeitslosigkeit erschwere aufgrund fehlender Steuereinnahmen ebenfalls das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts.

Zudem wiederholte Dauderstädt seine Kritik an den Rentenplänen der Europäischen Kommission, die sie im jüngsten Weißbuch vorgestellt

hatte. „Die Kommission hat sich wiederholt für Maßnahmen gegen Altersarmut ausgesprochen“, so der SOC-Vorsitzende. „Die von ihr vorgeschlagene konstante Angleichung des Renteneintrittsalters führt aber zu einer faktischen Rentenkürzung und in letzter Konsequenz so auch zu mehr Altersarmut“, so Klaus Dauderstädt. Es gebe keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass eine gestiegene Lebenserwartung gleichzusetzen sei mit einer automatisch längeren Berufstauglichkeit. „Es muss Reformen der Rentensysteme in Europa geben. Doch ist die Europäische Kommission mit ihren Plänen über das Ziel hinausgeschossen.“ Es sei nicht akzeptabel, wenn wiederholt versucht werde, die Sozialsysteme über Umwege zu reformieren, da es eine direkte europäische Kompetenz nicht gebe. „Die Rentensysteme müssen in einem nationalen Konsens reformiert werden. Wenn dies durch die Hintertür geschieht, kann keine breite Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden.“



Droht Europa eine neue Altersarmut?
© Gina Sanders - Fotolia.com

Renten: CESI mahnt differenzierte Sicht an

Der Beschäftigungs- und Sozialausschuss der CESI formulierte am 4. April eine Stellungnahme zum Weißbuch Renten der Europäischen Kommission. Darin mahnt die CESI eine differenzierte Betrachtung der Rentenproblematik an. Die Kommission schieße mit ihrem Weißbuch über das Ziel hinaus, dürfe nicht historisch unterschiedlich gewachsene Systeme über einen Kamm scheren. Die CESI warnt zudem davor, neue europäische Regeln für die Übertragbarkeit von Betriebsrenten festzulegen.

Die CESI betont in ihrer Stellungnahme, dass Betriebsrenten freiwillig gewährt werden. Neue Regelungen über die Eigenkapitalvorschriften der Versicherer und die Übertragbarkeit der Anwartschaften könnten die Betriebsrente unattraktiver machen und in ihrer heutigen Qualität gefährden. Eine erhöhte Portabilität könne auch zu einer Erosion der Bindung von Arbeitnehmern an Unternehmen führen, gibt die CESI zu bedenken.



Die CESI will, dass die Betriebsrenten sicher bleiben
© DOC RABE Media - Fotolia.com

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt betrifft die von der Kommission geforderte Verlängerung der Lebensarbeitszeit. „Es gibt keinen wissenschaftlich belegten Automatismus, dass durchschnittlich höherer Lebenserwartung parallel längere Erwerbsfähigkeit folgt“, heißt es in dem Gewerkschaftspapier. Für einige Berufsgruppen wie etwa Polizisten und Feuerwehrleute müssten ohnehin aufgrund der physischen Belastungen besondere Regelungen für den Ruhestandseintritt fortgelten. Ohnehin liege die Zuständigkeit für Renten- und Pensionssysteme bei den Mitgliedstaaten. Die CESI spricht sich allerdings dafür aus, dass die Möglichkeiten altersgerechte Arbeitsplätze zu fördern gestärkt werden.

Lühmann: Freiwillig geht es offensichtlich nicht

Die Europäische Kommission hat zu einer Konsultation zum unausgewogenen Geschlechterverhältnis in Unternehmen in der EU aufgerufen. „Wir haben in den vergangenen Jahren viel darüber geredet, wie mehr Frauen in die Entscheidungsgremien von großen Unternehmen kommen können. Es wurden viele Versprechungen gemacht, doch geändert hat sich fast nichts“, so Kirsten Lühmann, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der CESI - Frauenrechtskommission FEMM.

„Freiwillig geht es offensichtlich nicht! Ohne gesetzliche Anreize werden wir nicht schnell genug Fortschritte machen. Deshalb brauchen wir die Quote in ganz Europa jetzt“, forderte Lühmann am 4. April in Brüssel. Das System der Selbstregulierung sei gescheitert. „Wenn es ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den Führungsetagen der Wirtschaft gäbe, käme das nicht nur den Frauen zu Gute. Die Erfahrung zeigt auch, dass Unternehmen wirtschaftlich erfolgreicher sind, wenn Frauen und Männer gleichermaßen die Entscheidungen beeinflussen.“



Begrüßt die Kommissionsinitiative: Kirsten Lühmann MdB, FEMM Präsidentin und dbb Vize
© dbb, 2012

Es gehe nicht darum, eine starre 50:50-Quote einzuführen, aber es müsse ein fairer Ausgleich geschaffen werden. Davon seien die meisten europäischen Länder aber weit entfernt. Eine Ausnahme sei zum Beispiel Finnland, das seit einigen Jahren Erfolge mit einer gesetzlichen Regelung vorzuweisen habe. „Wir müssen überall in Europa gesetzliche Anreize schaffen, ein besseres Geschlechterverhältnis zu schaffen. Ohne solche staatlichen Anreize können wir noch lange auf eine Veränderung der Umstände hoffen.“

„Die Initiative von Justizkommissarin Reding kommt zur richtigen Zeit. Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass es auf jeden und jede ankommt. Wir können es uns schlicht nicht leisten, Potenzial zu verschenken“, so die FEMM-Vorsitzende. „Wenn börsennotierte Unternehmen künftig eine klare Quote einhalten müssen, werden auf lange Sicht die richtigen Vorbilder geschaffen“, erklärte Lühmann. Dies würde dann auch den gesellschaftlichen Wandel beschleunigen. „Gesetzliche Regelungen lassen sich am Ehesten bei börsennotierten Unternehmen umsetzen. Den Wandel brauchen wir aber auf allen Ebenen der Geschäftswelt.“ Eine einheitliche europäische Initiative sei deshalb der richtige Schritt.

Kritik an Austeritätspolitik

„Es fällt einem sehr schwer sich vorzustellen, wie einseitige Austeritätspolitiken für Volkswirtschaften hilfreich sein können, die sich bereits in einer Rezession befinden.“ Mit diesen Worten fasste CESI-Generalsekretär Klaus Heeger seine Kritik an der europaweit geführten Sparpolitik in einem Gastbeitrag im EU Observer zusammen. In dem am 19. April veröffentlichten Beitrag reagierte Heeger auf die Rede, die Kommissionspräsident Barroso am Vortag vor dem Europäischen Parlament gehalten hatte. Barroso hatte unter anderem die portugiesischen Sparbemühungen und Strukturreformen gelobt.



Der neue CESI-Generalsekretär während der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb in Köln
© dbb, 2012

Klaus Heeger verwies auf die immer weiter zunehmende Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten Griechenland und Spanien. „Auch Portugals Lage ist weiterhin alarmierend“, schrieb der CESI-Generalsekretär unter Berufung auf aktuelle Eurostat-Zahlen. Demnach hat vor allem die Jugendarbeitslosigkeit bereits im Februar 2012 die 35 Prozent überschritten. Portugals Wirtschaft soll, so wird erwartet, in diesem Jahr um 3,3 Prozent schrumpfen.

„Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die ausschließliche Einhaltung der von der Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB vorgebenen Sparziele zur dauerhaften wirtschaftlichen Genesung beitragen kann“, sagt Heeger. Der CESI-Generalsekretär betrachtet die bisherige Austeritätspolitik, also die strikten Einsparungen in den Staatshaushalten, als zu einseitig. „Das reicht nicht aus, die Krisenstaaten wieder in die Wachstumsspur zu bringen“, so Heeger.

Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa räumt die CESI einen besonders hohen Stellenwert ein. Am 4. April erarbeitete der Beschäftigungs- und Sozialausschuss der CESI (SOC) unter dem Vorsitz des stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt eine Entschließung zur Jugendarbeitslosigkeit. Die CESI warnt in diesem Papier vor einer „unverhältnismäßigen Flexibilisierung“ des Arbeitsrechts sowie dem „Abbau von Normalarbeitsverhältnissen“.



Eine verlorene Generation?
© Lasse Kristensen - Fotolia.com

Die CESI begrüßt in ihrer Entschließung die Bekämpfung der Krisenfolgen mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), verweist aber auf deren insgesamt beschränktes Volumen. „Wir fordern eine Erhöhung der Mittel aus dem ESF“, heißt es in der Entschließung. Nicht unterstützen will die CESI eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Befristete Stellen dürften unbefristete Normalarbeitsverhältnisse nicht weiter verdrängen. Grenzübergreifende Mobilität sei zwar wichtig, könne aber nicht von allen jungen Menschen verlangt werden. Auch wenn geographische Flexibilität berufliche Vorteile habe, könne dies keine grundsätzliche Erwartungshaltung an eine ganze Generation begründen.

Folgen der Liberalisierung von Post und Telekom

Am 19. und 20. Februar versammelten sich Gewerkschafter aus zahlreichen EU-Staaten und auch aus noch nicht zur EU gehörenden Ländern des Westbalkans im dbb forum Berlin. Der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaft DPVKOM hatten die Arbeitsgruppen Post und Telekom des gleichnamigen Berufsrats der CESI eingeladen, um über die Beschäftigungsfolgen der Liberalisierung des europäischen Post- und Telekommunikationsmarktes zu beraten. Ende April fand zudem ein Arbeitsgespräch mit dem für Post und Telekom zuständigen Europäischen Binnenmarktkommissar Michel Barnier statt.

An Gespräch beteiligt waren neben dem Berufsratsvorsitzenden Manfred Wiedner von der österreichischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und CESI-Generalsekretär Klaus Heeger der CESI-Direktor Bert van Caelenberg und der Luxemburger Raymond Hencks, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Wiedner und Hencks berichteten von einer schlechteren Beschäftigungs- und Dienstleistungsqualität in Folge der Marktöffnungen.



Manfred Wiedner (links) und Klaus Heeger (rechts) im Gespräch mit EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier
© CESI, 2012

Barnier sagte zu, die von der CESI-Delegation vorgetragenen Missstände im nächsten Bericht zur Umsetzung der 3. Postrichtlinie zu berücksichtigen. Auch gab er zu verstehen, dass er die neuen Vorschriften des Vertrages von Lissabon, die der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik sowie der Durchführung von DAWI durch öffentliche Stellen Auftrieb verschaffen könnten, verstärkt bei seinen zukünftigen Initiativen berücksichtigen werde. Zudem habe er vor, einseitigen Privatisierungstendenzen in Zukunft entgegenzuwirken.

Kein Auskunftsrecht für Bewerber

Niemand darf aufgrund der ‚Rasse', der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität diskriminiert werden. Diese Grundsätze gelten überall in der Europäischen Union. So zumindest die Theorie. In der Praxis ist der Nachweis über eine tatsächliche Diskriminierung häufig deutlich schwieriger. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) musste nun die Frage klären, ob ein abgewiesener Bewerber ein Auskunftsrecht darüber hat, wer stattdessen eingestellt wurde und welche Qualifikationen vorlagen. Im aktuellen Fall wollte die Klägerin so eine Diskriminierung nachweisen. Die Richter urteilten aber, dass es ein solches unbedingtes Recht auf Auskunft nicht gebe.

Keine grenzenlosen Arzneimittel

Arzneimittel dürfen nur dann uneingeschränkt von Ärzten eines Mitgliedstaates verschrieben werden, wenn vom Staat selber oder von der europäischen Arzneimittelagentur eine entsprechende Genehmigung für die „Inverkehrbringung" vorliegt. In „besonderen Bedarfsfällen" ist es möglich, ein nicht zugelassenes Mittel aus dem Ausland einzuführen, dafür ist dann aber die direkte Aufsicht eines Arztes und das explizite Einverständnis des Patienten notwendig. In Polen war diese Regelung genutzt worden, um regelmäßig günstigere Mittel aus dem Ausland mit gleichem Wirkstoff und gleicher Dosis wie die genehmigten einzuführen. Die polnische Regierung hatte ausschließlich mit den geringeren Kosten für die Patienten argumentiert. Dies sei aber kein zulässiger Grund, urteilten die Richter am EuGH.

Das Ende der BEATLEs

Wenn von den Beatles die Rede ist, geht es meist eher um Hits wie Yesterday oder Yellow Submarine. Deutlich seltener gibt es die Assoziation mit elektrischen Rollstühlen. Dennoch meldete eine Firma ihre entsprechenden Gefährte 2004 unter dem Markennamen „BEATLE" an. Das europäische Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) wies den Antrag allerdings zurück und bekam damit nun vor dem EuGH recht. Die Richter teilten die Einschätzung des HABM, dass die Produkte sich zwar deutlich unterschieden und eine Verwechslungsgefahr daher nicht gegeben sei, sich die Produkte aber beide an eine große Masse richten und die Rollstühle von den positiven Assoziationen mit dem Bandnamen profitieren könnten.

Mehr Rechte für Fluggäste

Der EuGH hat in der Vergangenheit wiederholt die Rechte von Fluggästen gegenüber den Fluggesellschaften gestärkt. Wenn die Richter dem Schlussantrag des Generalanwalts folgen, könnte das Kräftegleichgewicht nun erneut etwas weiter zu Gunsten der Verbraucher verschoben werden. Geklagt hatte ein Finne, der von Barcelona nach Helsinki fliegen wollte. Da am Vortag ein Flug aufgrund eines Streiks ausgefallen war, gab die Fluggesellschaft den Fluggästen den Vorrang, die streikbedingt nicht transportiert werden konnten und buchte den Kläger auf einen späteren Flug um. Eine Nichtbeförderung bei tatsächlich stattfindenden Flügen ist aber aus Sicht des Generalanwalts nur dann berechtigt, wenn es klar definierte persönliche Gründe wie etwa den Gesundheitszustand des Passagiers gebe. Dies sei hier nicht der Fall und eine Entschädigungszahlung sei deshalb gerechtfertigt.



Alles, was Du brauchst, ist Liebe
© PeterPunk - Fotolia.com

Wein nicht gut für die Gesundheit?

Der EuGH muss derzeit über die Bekömmlichkeit von Wein entscheiden, beziehungsweise ob für diese geworben werden darf. Im nun vorliegenden Schlussantrag des Generalanwalts heißt es nun, dass die Werbung für eine Weinsorte der Deutschen Weintor eG mit den Worten „Edition Mild – sanfte Säure/bekömmlich" eine unzulässige gesundheitsbezogene Bezeichnung sei. Es werde indirekt zum Ausdruck gebracht, dass der Wein weniger schädlich sei als andere Weine, da der Magen weniger belastet werde. Dies könne aber zu einer höheren Verkaufszahl führen, da von einer solchen Werbung bestimmte Verbraucher angesprochen werden könnten. Gesundheitsbezogene Werbung ist aber für Getränke mit einem Alkoholgehalt über 1,2 Prozent nicht gestattet.

Ausblick

Europäischer Vergleich der Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern

von Dr Erika Mezger, Vizedirektorin Eurofound

Um die Arbeitsbedingungen in Europa zu untersuchen, führt die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa (Eurofound) alle fünf Jahre eine Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen durch, in deren Rahmen sowohl Beschäftigte als auch Selbstständige über zentrale Aspekte ihrer Tätigkeit und Beschäftigung befragt werden. Im Laufe der Zeit wurde die Zahl der untersuchten Themen erweitert. Bisher wurden fünf solche Erhebungen durchgeführt.

Die erste Erhebung erfolgte im Zeitraum 1990/1991. Damals wurden die Erwerbstätigen in den zwölf EG-Staaten befragt. Seither haben alle fünf Jahre Befragungen zu den Arbeitsbedingungen (European Working Conditions Survey - EWCS) stattgefunden. Die vierte Erhebung aus dem Jahr 2005 umfasste bereits die heutigen 27 EU-Mitgliedstaaten, also auch Bulgarien und Rumänien, die 2007 beitraten, sowie mit Norwegen, Kroatien, der Türkei und der Schweiz vier Nicht-EU-Staaten. Kroatien wird der Union als 28. Mitgliedstaat zum 1. Januar 2013 beitreten. Die Feldarbeit für die fünfte EWCS fand zwischen Januar und Juni 2000 statt. Dabei wurden in den 27 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, Albanien, Montenegro und im Kosovo fast 44.000 Erwerbstätige befragt.

Ob die Europäische Union die sich selbst gesetzten Ziele erreichen kann, vor allem das Ziel einer hohen Beschäftigungsrate von 75 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter, hängt sicherlich wesentlich vom weiteren Verlauf der Finanzkrise ab. Mehr Menschen müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden, und sie müssen länger im Arbeitsmarkt verbleiben. Arbeitnehmer brauchen neue Fähigkeiten und neues Wissen für neue Tätigkeiten – von denen einige heute noch gar nicht exakt beschrieben sind. Arbeitnehmer müssen auf diese neuen Anforderungen vorbereitet werden, aber auch Arbeit muss so angepasst werden, dass sie den sich wandelnden Bedürfnissen einer immer heterogener werdenden Gruppe von Arbeitnehmern über das gesamte, sich verlängernde Arbeitsleben hindurch gerecht wird.

Die Veränderung von Beschäftigungsstrukturen in den Volkswirtschaften der EU ist gut dokumentiert. Es ist eine Verlagerung aus der Landwirtschaft und dem verarbeitenden Gewerbe in den Dienstleistungsbereich erfolgt. Mehr Frauen sind im Arbeitsmarkt. Der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse steigt.



Erika Mezger, Vizechefin von Eurofound
© Eurofound, 2012

Die Veränderung der Arbeit an sich ist komplizierter zu messen und geht in unterschiedliche Richtungen für unterschiedliche Gruppen von Arbeitnehmern. Das macht es schwierig, im Einzelnen aufzuzeigen, welche Initiativen in welchen Politikbereichen zu ergreifen sind, um das Ziel „nachhaltiger Arbeit über das gesamte Arbeitsleben“ zu erreichen. Fest steht jedoch, dass das Thema „Arbeit“ in unterschiedlichen Politikbereichen berücksichtigt werden muss und nicht auf traditionelle beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beschränkt werden darf.

Arbeitszeit

Die Zahl der Wochenarbeitsstunden sinkt – im Durchschnitt – weiter. Aber Arbeit ist intensiver geworden. Der Anstieg hat sich jedoch offenbar gegenüber den beiden letzten Jahrzehnten stabilisiert. Normalarbeitszeitregelungen – eine Fünftagewoche von Montag bis Freitag mit 40 Arbeitsstunden – sind nach wie vor für die meisten Europäer die Regel. Die Zahl derer, die zu atypi-

Ausblick

schen Zeiten arbeiten (Nachtarbeit, Schichtarbeit, Wochenendarbeit) ist demgegenüber gesunken.

Arbeitsorganisation

Arbeit ist mit dem wachsenden Einfluss von Kunden kollaborativer geworden, und Arbeitnehmer übernehmen mehr Verantwortung für die Koordination verschiedener Aufgaben. Die soziale Kompetenz ist wichtiger geworden. Das zeigt der hohe Stellenwert, den Unterstützung durch Kollegen und Vorgesetzte hat.

Das Ausmaß des Wandels der Arbeitsorganisation in den Mitgliedsländern ist sehr unterschiedlich. Arbeitnehmer in potentiellen Beitrittsländern sind dem arbeitsorganisatorischen Wandel am geringsten ausgesetzt. Am anderen Ende des Spektrums finden sich Schweden, Finnland und Dänemark. In diesen EU-Ländern war der Wandel der Arbeitsorganisation besonders tiefgreifend.

Finanzdienstleistungen, Industrie, Gesundheit, Transport, Öffentliche Verwaltung und Verteidigung sind die Branchen mit dem höchsten arbeitsorganisatorischen Wandel in den letzten drei Jahren. Der Finanzdienstleistungssektor ist dabei dem organisatorischen Wandel am meisten ausgesetzt. Die gleichzeitige Einführung „neuer Prozesse und Technologien“ und „Restrukturierung und Reorganisation“ werden von einem Drittel der Arbeitnehmer berichtet. Im Ganzen berichten zwei Drittel (67 Prozent) der Beschäftigten über die Umsetzung einer arbeitsorganisatorischen Maßnahme. Das bedeutet, dass von den Arbeitnehmern im öffentlichen, industrienahen und privaten Dienstleistungsbereich eine hohe Anpassungsfähigkeit eingefordert wird.

Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen

Generell zeigt der EWCS über die letzten 20 Jahre einen konstant sehr hohen 80-prozentigen Zufriedenheitsgrad mit den Arbeitsbedingungen. Gefragt wird nach der subjektiven Einschätzung. 84 Prozent der Arbeitnehmer der 27 EU-Mitgliedstaaten sagen, sie sind sehr zufrieden (25 Prozent) oder zufrieden (59 Prozent). Allerdings sind weniger als 80 Prozent der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und im Transportsektor mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden. Die Selbstständigen berichten über den höchsten Zufriedenheitsgrad. Höher qualifizierte Beschäftigte haben auch eine höhere Arbeitszufriedenheit verglichen mit Beschäftigten mit niedrigen oder mittleren Qualifikationen.

Die unterschiedlichen Zufriedenheitsgrade der verschiedenen Beschäftigtengruppen mit ihren Arbeitsbedingungen stehen in Einklang mit immanenten Belohnungen und positiven Elementen der Beschäftigung. Diese positive Korrelation ist in einigen Bereichen gebrochen. So sind beispielsweise hochqualifizierte Beschäftigte in der Landwirtschaft und in der Fischerei mit hoher intrinsischer Motivation unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen. Demgegenüber berichten Beschäftigte im Finanzdienstleistungssektor über einen hohen Zufriedenheitsgrad mit ihren Arbeitsbedingungen und gleichzeitig aber auch, oft das Gefühl zu haben, ihre Arbeit nicht sehr gut zu erledigen.



Was Motivation ausmacht
© Kheng Guan Toh - Fotolia.com

Letztendlich ist der Zufriedenheitsgrad mit den Arbeitsbedingungen sowohl stark geprägt von den persönlichen und kulturellen Dispositionen als auch von den objektiven Arbeitsbedingungen. Insofern kann Zufriedenheit nicht als ein Indikator für gute Arbeitsbedingungen angesehen werden. Es ist festzuhalten, dass obwohl gute Arbeitsbedingungen die Zufriedenheit positiv beeinflussen, hohe Zufriedenheitsgrade nicht notwendigerweise gute Arbeitsbedingungen voraussetzen.

Arbeitsintensität und Arbeitsautonomie - Qualität der Arbeit und Qualifizierung

Hinsichtlich der geistigen Anforderungen der Arbeitsaufgaben war nur eine geringe oder keine Steigerung zu verzeichnen. Die Erwerbstätigen

Ausblick

arbeiten offenbar im Wesentlichen ebenso selbständig wie vor zehn Jahren und auch die Chance, neue Dinge dazuzulernen hat sich kaum verändert beziehungsweise verbessert. Das widerspricht der verbreiteten Annahme, dass die Anforderungen am Arbeitsplatz ständig steigen. Indikatoren für Autonomie am Arbeitsplatz zeigen ebenfalls wenig Veränderung, und die Trends gehen häufig in eine gegenläufige Richtung. Positiv zu vermerken ist, dass sich der Grad der Autonomie am Arbeitsplatz für niedrig qualifizierte Arbeiter leicht erhöht hat. Eurofound hat bereits Sekundäranalysen in Auftrag gegeben, um Veränderungen und Trends genauer zu analysieren.

Was die Thematik Qualifizierung und Fähigkeiten anbelangt, geben 55 Prozent der Beschäftigten an, ihre gegenwärtigen Fähigkeiten entsprächen den Anforderungen. Ein beachtlicher Teil der Beschäftigten betont aber, dass weitere Qualifizierung benötigt werde, um den steigenden Anforderungen gerecht werden zu können. Das gilt besonders für Beschäftigte im Finanzdienstleistungs-, Gesundheits- und Erziehungssektor. Auch hier zeigt die Erhebung unterschiedliche Ergebnisse. Vom Arbeitgeber bezahltes Training und Qualifizierung ist vor allem für Beschäftigte im Gesundheits-, Erziehungs- und Verteidigungssektor und der öffentlichen Verwaltung weit verbreitet. Das sind gleichzeitig die Sektoren, in denen der höchste Anteil der Beschäftigten (15-20 Prozent) anzeigen, dass sie weiteres Training benötigen, um neue Herausforderungen gut zu bewältigen. Die EWCS Trainingsindikatoren für vom Arbeitgeber bezahltes Training und für Training „on the job“ sind miteinander verbunden, was bedeutet, dass ein Arbeitnehmer an beiden Qualifizierungsoptionen teilhaben kann.

Üblicherweise bezahlen Beschäftigte ihre Qualifizierung um neue Fähigkeiten zu erlernen nicht selbst: Im Jahr 2010 waren es nur 6 Prozent (gegenüber 5 Prozent im Jahr 2005). Es bleibt festzuhalten, dass das Erlernen neuer Dinge und die Umsetzung eigener Ideen am Arbeitsplatz in höher qualifizierten Beschäftigtengruppen sehr viel ausgeprägter sind als an schlechter qualifizierten Arbeitsplätzen.

Eurofound wird mit den Ergebnissen des EWCS versuchen, den politischen Entscheidern europaweit die heterogene Lage in den einzelnen Ländern und den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen deutlich zu machen. Das ist wichtig, um europäische Initiativen ergreifen zu können. Die Botschaft der Erhebung ist weder eindeutig positiv noch negativ. Positiv ist, dass die Arbeitszeit im Schnitt gesunken ist und weiter sinkt. Negativ ist, dass die Arbeitsintensität hoch bleibt und in einigen Bereichen weiter steigt. Vor allem die psychische Belastung hat zugenommen. Hier besteht Handlungsbedarf. Es gibt Hinweise darauf, dass vor allem Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen, dem Bereich Erziehung und Bildung, der öffentlichen Verwaltung sowie dem Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung von „Gewalt am Arbeitsplatz“ – von Mobbing bis zu körperlichen Angriffen – betroffen sind.

Eurofound wird nationale Arbeitgeberverbände, nationale Gewerkschaften sowie natürlich die EU-Kommission, die nationalen Regierungen und das Europäische Parlament unterstützen, das Thema „Arbeit“ und „Arbeitsbedingungen“ aktiv weiterzuentwickeln und auf der Europäischen Agenda „Europa 2020“ vertieft zu diskutieren und gezielt geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Die Politik sollte darauf reagieren, dass es über 20 Jahre hinweg keine tatsächlichen Verbesserungen gegeben hat. Gerade im Blick auf die Krise sollte sie aktiv werden – sowohl in Europa als auch in den Nationalstaaten. So planen fast alle EU-Staaten eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Unsere Erhebung zeigt, dass ein großer Teil der Erwerbstätigen sich kaum vorstellen kann, im derzeitigen Job bis zum 60. Lebensjahr durchzuhalten. Wenn also das Rentenalter heraufgesetzt werden soll, dann müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Qualität der Arbeit zu verbessern.

Termine

21.-23.05.2012	Plenum des Europäischen Parlaments, Straßburg
25./26.05.2012	Vollversammlung der Europäischen Bewegung International EMI, Brüssel
30./31.05.2012	Rat für Wettbewerbsfähigkeit
07./08.06.2012	Räte für Inneres und Justiz sowie Verkehr, Telekommunikation und Energie
08.06.2012	Beginn der Fußball Europameisterschaft in Polen und der Ukraine
11-14.06.2012	Plenum des Europäischen Parlaments, Straßburg

Einblick

Gespräch mit Michael Georg Link MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt



© Auswärtiges Amt, 2012

Im Januar 2012 wurde der Heilbronner FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Georg Link in das Amt des Staatsministers im Auswärtigen Amt berufen. Er trat damit die Nachfolge seines an die Spitze der Europäischen Investitionsbank gewechselten Parteifreundes Werner Hoyer an. Link wurde zudem zum Beauftragten der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt. Der 49jährige Diplomübersetzer für Französisch und Russisch hatte 1989 bis 1994 als freier Mitarbeiter des Europäischen Parlaments in Straßburg und Brüssel gearbeitet. In dieser Zeit war Link auch stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Danach wechselte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referent in die FDP - Bundestagsfraktion, übernahm dort in der Zeit von 1995 bis 2005 eine Vielzahl von Aufgaben, die stets in engem Zusammenhang mit der internationalen Politik standen. Mit der Bundestagswahl von 2005 zog Link als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein. 2009 wurde er zum europapolitischen Sprecher seiner Fraktion gewählt. 2010 rückte er in den Bundesvorstand der FDP auf. Michael Link gehört als ständiger Gast dem Präsidium der Europa-Union Deutschland an, 2009 und 2010 war er Vorsitzender der parteiübergreifenden Parlamentariergruppe der Europa-Union.

Europathemen: *Als Staatsminister des Auswärtigen Amts sind Sie quasi der Europaminister der Bundesregierung. Unter welches Leitmotiv würden Sie Ihre neue Aufgabe stellen?*

Link: Europa steht in einer Bewährungsprobe. Der europäische Integrationsprozess ist ins Stocken geraten. Als selbstverständlich geglaubte Errungenschaften werden in Frage gestellt, sei es der europäische Währungsraum oder die aus dem Schengener Abkommen resultierende Reisefreiheit. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU wurde insbesondere durch die Staatsschuldenkrise nachhaltig erschüttert, nationale Ressentiments kehren zurück. Daher ist es mein zentrales Anliegen, diesen europakritischen, rückwärtsgewandten Tendenzen entschlossen entgegenzutreten. Wir brauchen nicht „weniger“, sondern „mehr Europa“, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen.

Europathemen: *Wie viel Einfluss hat das Auswärtige Amt auf die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland?*

Link: Das Auswärtige Amt ist und bleibt das Europaressort! Es ist das für die Koordinierung der Europapolitik zentral zuständige Ministerium innerhalb der Bundesregierung. Ich selbst bin mit meiner neuen Funktion Vorsitzender des für

die Europapolitik zuständigen Staatssekretärs-Ausschusses. Unter meinem Vorsitz befasst sich dieses Gremium regelmäßig mit aktuellen europapolitischen Dossiers, identifiziert potentielle oder existente Konfliktlinien innerhalb der Ressorts wie auch mit anderen Mitgliedstaaten und stimmt dazu eine einheitliche deutsche Linie ab. In der von Ihnen angesprochenen Rolle als „Europaminister“ nehme ich zudem an den wöchentlichen Kabinettssitzungen teil und kann auch insofern die „europäische Perspektive“ einbringen. Das Auswärtige Amt koordiniert aber nicht nur, es gestaltet Europapolitik auch inhaltlich maßgeblich mit. So hat das Auswärtige Amt die Verhandlungen zum Vertrag von Lissabon geführt; aktuell führt es unter Leitung von Bundesaußenminister Westerwelle die Verhandlungen zum nächsten EU-Finanzrahmen. Nicht zuletzt möchte ich das Netzwerk unserer Auslandsvertretungen erwähnen, die es uns beispielsweise ermöglichen, Stimmungs- und Meinungsbilder, oder globaler formuliert, die gesamte Wahrnehmung der deutschen Europapolitik in den anderen Mitgliedstaaten zu eruieren, an die Bundesregierung „rückzukoppeln“ und unsere Europapolitik entsprechend zu begleiten beziehungsweise anzupassen.

Europathemen: *Einerseits werden speziell in der Krise starke öffentliche Dienste gebraucht, andererseits werden eben diese unmittelbar durch die Sparmaßnahmen in vielen europäischen Staaten geschwächt. Wie passt das zusammen?*

Link: Um die Schuldenkrise zu überwinden, ist die Konsolidierung der europäischen öffentlichen Haushalte unerlässlich. Das schließt in einigen Mitgliedstaaten zwangsläufig auch Einschnitte in zum Teil überdimensionierte Beamtenapparate ein. Neben diesen Konsolidierungsbemühungen bedarf es aber unbedingt auch nachhaltigen Wachstums, das energische Strukturreformen voraussetzt. Die europäischen Staaten stehen also vor großen Aufgaben, für deren Bewältigung sie – trotz aller Sparanstrengungen – öffentliche Dienste brauchen, deren Funktionsfähigkeit gewährleistet ist. Dies entbindet sie aber nicht von der Verpflichtung zu prüfen, wo die öffentliche Verwaltung effizienter arbeiten kann.

Europathemen: *Der deutsche Außenminister hat einen neuen Anlauf für eine europäische Verfassung angeregt. Braucht Europa einen neuen Konvent?*

Link: Die Finanzkrise hat gezeigt, dass eine Währungsunion ohne umfassende Wirtschaftsunion nicht funktioniert. Wir müssen daher über die Krisenbekämpfung hinaus die Weiterentwicklung der europäischen Integration ins Auge fassen, mit dem Ziel einer Stärkung des europäischen Fundaments. Neues Vertrauen in Europa wird nur entstehen, wenn wir bewusst machen können: Europa ist mehr denn je Zukunftsprojekt. Was wir deshalb brauchen, ist ein klares und ehrgeiziges Leitbild von Europa als globaler Gestaltungskraft, eine strategische Perspektive. Bundesaußenminister Westerwelle hat daher die Initiative ergriffen, um diese Grundsatzfragen mit einigen Kollegen informell und auf persönlicher Basis zu besprechen und einen Beitrag für eine solche strategische Debatte zu liefern. Die Debatte im Kreise der Außenminister soll ganz bewusst ergebnisoffen geführt werden. Ich möchte deshalb an dieser Stelle möglichen Ergebnissen nicht vorgreifen.



Michael Link im Gespräch mit der schwedischen Europaministerin Birgitta Ohlsson
© Consilium, 2012

Europathemen: *Was muss geschehen, damit der Europäische Auswärtige Dienst sichtbarer wird?*

Link: Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) ist vor gut einem Jahr geschaffen worden und hat noch nicht seine "Betriebstemperatur" erreicht. Es ist inzwischen viel Aufbauarbeit geleistet worden, und gerade im Ausland funktioniert die Zusammenarbeit zwischen unseren Botschaften und den EU-Delegationen sehr gut. Um sichtbarer zu werden, sollte die enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten weiter verbessert werden, um als EU möglichst mit einer Stimme sprechen zu können. Die Handlungsfähigkeit des Dienstes und insbesondere seine Reaktionszeit müssen weiter verbessert werden.

All das ist der Leitung des EAD bewusst, und es wird daran gearbeitet.

Europathemen: *Welche Bedeutung haben in der heutigen Außenpolitik einzelne Personen, Politiker, Staatsfrauen- und männer? Wie viel Bewegungsspielraum lassen die strukturellen Rahmenbedingungen?*

Link: Es sind immer wieder einzelne Personen, die die notwendigen Impulse für Veränderung von nicht mehr zeitgemäßen Strukturen setzen. Denken wir nur an die Gründerväter der europäischen Integration. Ohne ihre Überzeugungen und ihren Mut stünden wir in Europa heute nicht da, wo wir jetzt stehen. Immer wieder ist die europäische Einigung vorangebracht worden durch Initiativen Einzelner. Das gilt auch heute noch: Wer überzeugend neue Ideen einbringt, der kann in der Außen- und Europapolitik vieles bewegen.

Europathemen: *Haben die Europäer noch eine reelle Chance, auf Weltebene eine Rolle zu spielen?*

Link: Ja, natürlich! Im außen- und sicherheitspolitischen Bereich haben wir dafür mit den institutionellen Neuerungen im Vertrag von Lissabon wie etwa der neuen umfassenden Rolle der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und dem sie unterstützenden EAD wichtige Weichen gestellt. Die außenpolitische Rolle der EU zum Beispiel auf dem Balkan, in den Beziehungen zu Russland und den osteuropäischen Nachbarn, aber auch im Nahostfriedensprozess und in den Verhandlungen mit dem Iran wird von niemandem in Frage gestellt. Nun kommt es darauf an, dass wir das Ziel, dass Europa nach außen mit "einer Stimme" spricht, konsequent weiterverfolgen. Europa kann – und muss – auch künftig im internationalen und globalen Rahmen eine Rolle spielen: Die Verhältnisse verändern sich rasant, was man am Beispiel der großen, wirtschaftlich dynamischen Schwellenländer beobachten kann, die immer stärker einen entsprechenden politischen Einfluss in der Welt einfordern. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass die einzelnen Staaten Europas international relativ an Einfluss verlieren werden. Die Globalisierung stellt somit alle Länder vor nie dagewesene Herausforderungen. Die Schaffung einer wirkungsvollen „global governance“ werden wir als Europäer aber nur dann mitgestalten können, wenn wir künftig unsere Kräfte sehr viel stärker bündeln. Nur so werden wir mit anderen Gestaltungsmächten wirksam zusammenarbeiten und uns mit ihnen im Wettbewerb der Wirtschaften, Ideen, Bildungssysteme und Gesellschaftsmodelle messen können.

Europathemen: *Können Sie sich eine G3 vorstellen, bestehend aus China, den USA und Europa?*

Link: Wie ich eben schon erläutert habe: Eine effektive und repräsentative „global governance“ muss Schwellenländer wie China in Entscheidungsprozesse zu globalen Fragen einbeziehen. Mit China allein ist es aber nicht getan. Wenn wir als Europäer unseren Einfluss in der Welt wahren wollen, müssen wir mit allen Staaten, die zukünftig das internationale Geschehen mitgestalten wollen und werden, intensiv zusammenarbeiten. Das etablierte Forum dafür sind die G20. Die Bundesregierung hat darüber hinaus mit einem neuen „Gestaltungsmächtekonzept“ Instrumente geschaffen, um die Zusammenarbeit mit weiteren wichtigen aufstrebenden Mächten zu strukturieren und zu intensivieren. Die Reaktionen darauf sind durchweg positiv. Auf diesem Weg – Zusammenarbeit mit mehr, nicht mit weniger Partnern – werden wir weiter voranschreiten.



Während einer Verhandlung in Brüssel
© Consilium, 2012

Europathemen: *Können sich die einzelnen EU-Staaten angesichts der öffentlichen Schuldenstände mittelfristig noch eigene Armeen leisten? Legen die Finanzen und die sicherheitspolitische Lage nahe, eine europäische Armee zu schaffen? Wäre dies nicht die Voraussetzung einer effektiven europäischen Außenpolitik?*

Link: Sinkende Verteidigungsbudgets bei allen europäischen Partnern einerseits, zugleich aber gestiegene sicherheitspolitische Erwartungen an die EU, sind für den Erhalt von militärischen Fähigkeiten als Grundlage einer eigenständigen EU-Handlungsfähigkeit eine enorme Herausforderung. Die Bundesregierung setzt sich nachdrück-

lich für mehr Integration im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Wenn wir Fähigkeiten teilen, bündeln oder sogar Streitkräfte schrittweise verschränken, bedeutet dies aber zugleich eine erhebliche Einschränkung der nationalen Souveränität. Dass die Mitgliedstaaten den Anspruch, eigenständig einsatzfähige Armeen zu unterhalten, aufgeben und ihre Streitkräfte in einer europäischen Armee aufgehen lassen, erscheint daher jedenfalls derzeit politisch nicht realisierbar. Für eine effektive europäische Außenpolitik kommt es letztlich vor allem darauf an, dass alle Instrumente der EU und ihrer Mitgliedstaaten, insbesondere auch im Bereich der Konfliktprävention und des zivilen Krisenmanagements, koordiniert und gebündelt eingesetzt werden.

Europathemen: *Strebt Deutschland weiterhin einen eigenen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an? Wäre es nicht sinnvoller, für einen europäischen zu streiten?*

Link: Die Antwort lautet zweimal „Ja". Ja, wir streben weiterhin eine ständige deutsche Präsenz im VN-Sicherheitsrat an. Es besteht im Grunde Einigkeit zwischen den VN-Mitgliedstaaten, dass eine Reform des Sicherheitsrates dringend geboten ist, nur leider noch nicht über die konkrete Ausgestaltung. 75 Prozent der VN-Mitglieder sind erst nach der Gründung der Organisation hinzu gekommen, die Struktur des VN-Sicherheitsrates stammt aber noch aus dieser Gründungsphase. Und: Ja, ein Sitz für die EU im Sicherheitsrat bleibt ein mehrfach erklärtes, langfristiges politisches Ziel. Die Schwierigkeiten sind jedoch bekannt: die Organisation der VN kennt nur Staaten als Mitglieder. Gegen eine Sonderregelung für eine Staatenunion wäre großer politischer Widerstand zu erwarten. Aber auch auf Seiten der EU wäre noch viel zu tun, um jederzeit eine gemeinsame Haltung sicherzustellen, die im Sicherheitsrat vertreten werden könnte.

Europathemen: *Wo liegen Europas Grenzen? Welche weiteren EU-Mitglieder sehen Sie innerhalb der nächsten 20 Jahre?*

Link: Die Frage nach festen Grenzen Europas bewegt mich weniger als die Frage danach, wie die EU ihre unmittelbare Nachbarschaft – die europäische und die außereuropäische – stabilisieren und bei demokratischen wie wirtschaftlichen Reformen unterstützen kann. Einigen Nachbarn, wie denen auf dem westlichen Balkan, der Türkei und Island, hat die EU dabei eine konkrete Beitrittsperspektive eingeräumt, die aber keinen Automatismus bedeutet. Ihre Verwirklichung basiert auf der Erfüllung klarer Bedingungen; dies erfordert umfassende Reformen und somit harte Arbeit. Ob am Ende der Beitritt erreicht wird beziehungsweise dieser am Ende vom Kandidatenland überhaupt gewünscht sein wird, lässt sich heute noch nicht voraussehen. Ich erwarte aber, dass die EU in den nächsten zwanzig Jahren einige weitere Mitgliedstaaten haben wird.

Europathemen: *Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner Antrittsrede davon gesprochen, die Deutschen sollten wieder mehr Europa wagen. Sehen Sie das auch so, und wie sollte dies aussehen?*

Link: Bundespräsident Gauck hat zu Recht unterstrichen, dass die Neigung, sich auf die Ebene des Nationalstaats zu flüchten, gerade in Krisenzeiten besonders ausgeprägt ist. Das europäische Miteinander ist in der Tat ohne den Gedanken der Solidarität nicht gestaltbar. Europa ist nichts, das uns Sorgen bereiten sollte. Europa ist vielmehr notwendiger Bestandteil unserer Antworten auf die Herausforderungen, die sich im 21. Jahrhundert an uns stellen. Deutschland hat gerade zur Bewältigung der Schuldenkrise eine aktive Rolle eingenommen und leistet dabei in einem nie dagewesen Maß Solidarität gegenüber den europäischen Staaten, die an den Finanzmärkten unter Druck geraten sind. Für mich ist klar, dass es für Deutschland keine Zukunft ohne Europa gibt. Die Herausforderungen der Globalisierung und der Finanzkrise, über die ich eben gesprochen habe, können nur mit einem vereinten Europa erfolgreich angegangen werden. Für Deutschland ist das Europa der Zukunft ein demokratisches und politisch geeintes Europa. Nur ein solches Europa wird in der Welt eine Rolle spielen können.

Impressum

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin
Tel.: +49/(0)30/4081-40
Fax: +49/(0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Thomas Bemmann

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kontakt:

Lob & Kritik

An- & Abmeldung von Europathemen

Internet: http://www.dbb.de